KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. – 17.03.2023

Premierministerin Elisabeth Born hat am 16. März die Verabschiedung der Rentenreform ohne Abstimmung in der Nationalversammlung auf Grundlage der Verfassungsklausel 49.3 bekannt gegeben. Erwartet werden für den 17. März verschiedene Misstrauensanträge aus der Opposition. Der Misstrauensantrag ist in der französischen Verfassung vorgesehen und ermöglicht es der Nationalversammlung, die Regierung zu stürzen. Dieser muss innerhalb von 24 Stunden von mindestens 10 % der Abgeordneten, d. h. 57, eingereicht werden. Er wird dann in den folgenden Tagen diskutiert. Um angenommen zu werden, muss der Misstrauensantrag die absolute Mehrheit, d. h. 287 Stimmen, erhalten. Die Parteien Rassemblement National und La France insoumise hatten bereits im Vorfeld angekündigt, dass sie im Falle eines Rückgriffs auf den 49.3 jeweils einen solchen Antrag einreichen wollen. Diese Anträge werden voraussichtlich scheitern, da andere Fraktionen die Anträge der politischen Ränder nicht unterstützen werden. Die Situation ändert sich jedoch, wenn politische Lager ihre Kräfte bündeln. Die zentristische LIOT-Fraktion arbeitet an einem parteiübergreifenden Misstrauensantrag, der von Abgeordneten der Linken und der unterzeichnet werden soll und den auch einzelne LR-Abgeordneten unterzeichnen könnten. Der LR-Fraktionsvorsitzende Olivier Marleix warnte allerdings bereits am 14.3, dass „es nicht akzeptabel ist, dass Abgeordnete der Fraktion einen Misstrauensantrag mit Linken oder Zentristen unterzeichnen". Direkt nach der Bekanntgabe der Anwendung der Klausel 49.3 kam es in Paris und anderen Städten zu Demonstrationen. In der Nacht zum 17.3 kam es dabei zu gewaltsamen Ausschreitungen mit der Polizei, allein in Paris wurden 217 Personen festgenommen. Die Gewerkschaften haben für den 23. März einen neuen Streiktag angekündigt.

Der Streik der Müllabfuhr in Paris wurde bis zum 20. März verlängert. Bereits seit dem 7. März türmen sich im Rahmen der Streiks zur Rentenreform in der französischen Hauptstadt die Müllberge. Am stärksten betroffen sind die zehn Arrondissements, in denen die Abfuhr von Mitarbeitern der Stadtverwaltung durchgeführt wird. Aber auch in den Bezirken, die von privaten Anbietern verwaltet werden, kommt es zu Störungen, da die drei Müllverbrennungsanlagen in Ivry-sur-Seine, Issy-les-Moulineaux und Saint-Ouen derzeit bestreikt werden. Innenminister Gérald Darmanin wies am 14. März den Polizeipräfekten von Paris an, die Stadtverwaltung aufzufordern, Mittel zu „requirieren", um den Müll abzufahren. Bürgermeisterin Anne Hidalogo kündigte bereits an, dass sie dieser Aufforderung nicht nachkommen wird.

Die französische Regierung plant, rund 20 Rüstungsbetriebe nach Frankreich zurückzuverlagern. Die Relokalisierung ist Teil der von Staatspräsident Macron deklarierten „Kriegswirtschaft". Im Einzelnen will Frankreich Schiffsrümpfe, die bisher in Osteuropa produziert wurden, Sprengstoff für Großkaliber, der in Schweden, Italien oder auch Deutschland hergestellt wird, wieder im eigenen Land herstellen. Produziert werden sollen auch Teile, die als „kritisch" für bestimmte Hubschraubermotoren gelten, wie Scheiben der Hochdruckturbinen der zweimotorigen RTM322-Triebwerke, die unter anderem europäische Helikopter des Typs NH-90 ausstatten. Bisher wurden diese Teile in den USA entwickelt und dann in England weiterverarbeitet. Ein Anlauf der Produktion wird nicht vor Anfang 2025 erwartet. Das Verteidigungsministerium gab bereits bekannt, dass das Verteidigungsbudget in diesem Kontext angehoben werden muss.

Der Anteil der Atomenergie am Energiemix Frankreichs unterliegt zukünftig keiner Obergrenze mehr. Somit wurde ein Gesetz aus der Regierungszeit von Staatspräsident François Hollande abgeschafft, das zur Förderung des nachhaltigen Wachstums den Anteil der Atomenergie am französischen Energiemix bis zum Jahr 2035 auf maximal 50 Prozent begrenzte. Aktuell werden rund 69 Prozent des Stromverbrauchs Frankreichs aus Atomenergie gedeckt. Durch die Streichung der Obergrenze soll der Bau neuer Atomreaktoren beschleunigt werden.

Frankreichs EU-Kommissar Thierry Breton erklärt, die gemeinsame Verschuldung für den grünen Übergang sei nicht länger eine Priorität. Eine gemeinsame Kreditaufnahme sei derzeit keine Option, um den Mitgliedstaaten bei der Finanzierung des grünen Wandels zu helfen, sagte Binnenmarktkommissar Breton auf einer Pressekonferenz in Paris am 13. März und wich damit von seinen früheren Forderungen nach „wechselseitigen Instrumenten" auf europäischer Ebene ab. Breton schloss die Option aus, eine weitere Runde von EU-Gemeinschaftsschulden aufzunehmen, um die Entwicklung grüner Projekte im Rahmen des bald vorzulegenden Net Zero Industry Acts zu finanzieren, der eine stärkere Unterstützung für kohlenstoffarme Technologien vorsieht.

Frankreich begrüßt die Einbeziehung der Kernenergie in die Reform des EU-Strommarktes. Frankreich begrüßte den am 14. März bekannt gewordenen Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reform des europäischen Strommarktes, da er Frankreich die Möglichkeit bietet, seinen Atompark auszubauen und zu erneuern. Der Vorschlag der Kommission wurde von der französischen Energieministerin Agnès Pannier-Runacher begrüßt, die sagte, dass er „konkrete Instrumente bereitstellt, damit die Verbraucher von geringen Kosten Kraftwerke, die sie versorgen, profitieren können" und „die Vorteile des integrierten Energieaustauschs mit unseren Nachbarn" bewahrt.

Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán und Staatspräsident Emmanuel Macron haben sich am 14. März in Paris getroffen. Ziel des Treffens war die Vorbereitung des nächsten Europäischen Rates des 23. und 24. März in Brüssel. Verteidigungs- und Energiefragen standen im Fokus der Gespräche. Der Elysée-Palast teilte mit, dass auch Fragen der Rechtsstaatlichkeit bei dem Treffen angesprochen worden seien. Bereits am 13. März hatte der ungarische Außenminister Peter Szijjarto den französischen Hochdruckreaktor in Flamanville in der Normandie besichtigt. Die ungarische Regierung setzt beim Ausbau ihres Atomkraftwerks Paks verstärkt auf eine Kooperation mit Frankreich, angedacht ist eine stärkere Beteiligung des französischen Unternehmens Framatome an dem Projekt. Die deutsche Bundesregierung blockiert derzeit die Ausfuhr eines Kontrollsystems von Siemens Energy für das Atomkraftwerk, da der russische Atomkonzern Rosatom an dem Projekt beteiligt ist.

Die „nicht konstruktive" Haltung Frankreichs gegenüber dem Iran und sein „Interventionismus" machen die Gespräche über eine mögliche Freilassung der im Land inhaftierten Franzosen nicht leichter, sagte ein Sprecher des iranischen Außenministeriums bei seinem wöchentlichen Pressebriefing am 13. März. Offiziell sind derzeit sechs Franzosen im Iran inhaftiert. Die französisch-iranische Wissenschaftlerin Fariba Adelkhah, die im Juni 2019 festgenommen und später wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit zu fünf Jahren Haft verurteilt worden war, wurde ihrerseits am 10. Februar freigelassen.

Der Mindestlohn wird im Juni laut dem Statistikamt Insee, um mindestens 2% steigen. Während das französische Wirtschaftswachstum laut Insee im zweiten Quartal 2023 voraussichtlich nur 0,2% betragen wird und die Lebensmittelpreise bis Juni 2023 auf 15,4% im Jahresvergleich steigen werden, wird der Mindestlohn voraussichtlich von einer Erhöhung profitieren. Der Anstieg der Lebensmittelpreise in den kommenden Monaten erklärt zum Teil diesen Aufwärtstrend.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Pariser Stadtrat benannte am 14. März das an das Musée d'Orsay angrenzenden Seine-Ufer in „Quai Valéry-Giscard-d'Estaing" um. Der ehemalige Staatspräsident, der 2020 im Alter von 94 Jahren starb, hatte den ehemaligen Bahnhof in ein Museum für die Kunst des 19. Jahrhunderts umgewandelt. Ein Teil des Quai Anatole-France und der Place Henry-de-Montherlant im 7. Arrondissement werden also bald den Namen des Mannes tragen, der als Staatschef zwischen 1974 und 1981, „Europa dazu verholfen hat, Vertrauen in sich selbst und sein Schicksal zu gewinnen", begrüßte die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo.

DIE ZAHL DER WOCHE

Das Misstrauen gegenüber der Politik ist in Frankreich nach einem Rückgang im Rahmen der Covid19-Krise erneut auf einem Höchststand. Dies geht aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut OpinionWay hervor, welche in vier europäischen Ländern durchgeführt wurde. Fast zwei Drittel der Franzosen sind der Ansicht, dass die Demokratie nicht gut funktioniert, während in Deutschland weniger als 40% und in Italien 58% der Befragten dieser Meinung sind. Generell, interessieren sich nur knapp die Hälfte der Franzosen für politische Themen, während es in Deutschland 77% und in Italien 65% sind. Im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn plädieren die Franzosen stärker für die Einbindung der Zivilgesellschaft in das politische Leben, entweder direkt oder über das Engagement in Gewerkschaften oder Vereinen (68 %). Nur 7% halten hingegen eine Parteimitgliedschaft für einen guten Weg, um Einfluss auf die Politik zu nehmen.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich